

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2053

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2053



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Bern, 28. Mai 2019

Medienmitteilung

Schweizer Wirtschaft sagt deutlich Ja zum Rahmenabkommen **Repräsentative Umfrage von gfs.bern zum Verhältnis Schweizer Wirtschaft – EU**

Für die Schweizer Wirtschaft hat die Sicherung der bilateralen Verträge oberste Priorität. Eine klare Mehrheit befürwortet in diesem Zusammenhang ein Rahmenabkommen mit der EU. Dies zeigt eine repräsentative Umfrage des Forschungsinstituts gfs.bern bei über 1000 Unternehmen mit 20 oder mehr Mitarbeitenden, die im Auftrag von economiessuisse und Alliance-Economie Politique durchgeführt wurde. Positive Effekte durch das Rahmenabkommen erwartet die Schweizer Wirtschaft insbesondere bei der Planungssicherheit, während sie den Lohnschutz als gewährleistet einstuft.

Die bilateralen Verträge sind aus Sicht der Schweizer Wirtschaft absolut zentral: 75 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz mit 20 oder mehr Mitarbeitenden verbinden die aktuellen Verträge mit Vorteilen, 16 Prozent sind unentschieden, während marginale 4 Prozent diese als nachteilig beurteilen. Bei der Befragung wurde die Rechtssicherheit gegenüber der EU, welche mit den Bilateralen einhergeht, mit grosser Mehrheit als zentral erachtet. Ungebrochen gilt: Je mehr Mitarbeitende ein Unternehmen hat, desto wichtiger werden die Verträge für das eigene Unternehmen eingeordnet.

Deutliche Mehrheit befürwortet institutionelles Abkommen

In den kommenden Wochen werden von Seiten Politik massgebende Entscheide zum Rahmenabkommen erwartet. Bei der konkreten Befragung der Wirtschaft hierzu zeigt sich, dass 67 Prozent der Schweizer Unternehmen ab 20 Mitarbeitenden ein institutionelles Rahmenabkommen in der aktuell diskutierten Form befürworten. Nur 20 Prozent, eine klare Minderheit also, würden dagegen eintreten. Dabei erscheint insbesondere die Ablehnung weniger stark ausgeprägt, als dies für die Schweizer Stimmberechtigten Anfang des Jahres festgehalten wurde (35%). Mehrheitliche Zustimmung zum Rahmenabkommen findet sich innerhalb von allen Branchen und Unternehmensgrössen.

Vielschichtige Argumente für ein Rahmenabkommen

Die Schweizer Unternehmen betonen in ihrer Mehrheiten, dass die Exportindustrie ohne institutionelles Abkommen unter einem immer schlechteren Zugang zum EU-Exportmarkt leiden und die Schweizer Wirtschaft an Bedeutung verlieren würde. Seitens der EU müsse ohne Abkommen mit schmerzhaften Sanktionen gerechnet werden. Positive Effekte durch das institutionelle Abkommen werden bei der Planungssicherheit erwartet, während der Lohnschutz immer noch als gewährleistet eingestuft wird. Explizit verworfen wird von allen Befragten die Ansicht, dass der Bundesrat eine bessere Lösung als die vorliegende verhandeln kann.

Für Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiessuisse, kommen die Umfrageergebnisse einem Auftrag gleich: «Die Umfrage zeigt klar und deutlich: Das Rahmenabkommen

ist im Interesse der Schweizer Unternehmen. Der Wirtschaftsdachverband economiesuisse unterstützt darum ein zügiges Vorantreiben des institutionellen Abkommens und appelliert an den Bundesrat, die unklaren Punkte nun rasch zu klären.»

Wirtschaft soll sich in der Europadebatte stärker engagieren

Für Philip Mosimann, Präsident des Verwaltungsrats der Bucher Industries AG und Vertreter von Alliance Economie-Politique, ist ebenfalls klar: «Die Schweizer Wirtschaft braucht das Rahmenabkommen. Und das Rahmenabkommen braucht die Schweizer Wirtschaft. Ein verstärktes Engagement der Unternehmen ist nun dringend und nötig». Nur so könne auch die Mehrheit in der Bevölkerung von einem Rahmenabkommen überzeugt werden.

Diese Aussage deckt sich mit den Umfrageergebnissen der repräsentativen Umfrage. Mehrheiten aus der Schweizer Wirtschaft verlangen – rund um die schweizerische Diskussion zu Europa – ein verstärktes Engagement aus den eigenen Kreisen. 67 Prozent wünschen ein aktives Engagement der Wirtschaft, während nur 2 Prozent die Gegenposition einnehmen und gar kein entsprechendes Engagement wollen.

Rückfragen:

Alliance EP: info@alliance-ep.ch

economiesuisse: Michael Wiesner, Tel. +41 79 479 72 89, michael.wiesner@economiesuisse.ch

Über Alliance EP

Alliance EP ist eine parteipolitisch unabhängige Privatinitiative, die sich für optimale Rahmenbedingungen und einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz einsetzt. Für Alliance EP ist es zentral, dass Politik und Verwaltung einen ungefilterten, tages- und parteipolitisch unabhängigen Input von höchsten Ebenen der Wirtschaft und der Wissenschaft erhalten.

Über economiesuisse

economiesuisse ist der Dachverband der Schweizer Wirtschaft. Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik und setzt sich für optimale Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz ein. Mitglieder sind 100 Branchenverbände, 20 kantonale Handelskammern sowie einige Einzelunternehmen. economiesuisse vertritt insgesamt 100 000 Schweizer Unternehmen aus allen Branchen mit zwei Millionen Arbeitsplätzen in der Schweiz.

Medienkonferenz

Die Schweizer Wirtschaft, die EU und das Rahmenabkommen

Dienstag, 28. Mai 2019

Es gilt das gesprochene Wort

Die Chance jetzt packen!

Die Wirtschaft erwartet vom Bundesrat mehr Tempo beim Rahmenabkommen

Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Ergebnisse dieser Befragung bestätigen einmal mehr die ungebrochen hohe Zustimmung der Unternehmen zu den bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union. Und diese Zustimmung manifestiert sich über alle Branchen und Unternehmensgrössen, die in der Stichprobe repräsentiert sind. Für uns, die wir ständig im Austausch mit den Unternehmensverantwortlichen stehen, ist das natürlich keine Überraschung. Zudem kommt eine Anfang Mai publizierte Studie der Bertelsmann-Stiftung zum Schluss, dass ausgerechnet das Nicht-EU-Mitglied Schweiz am stärksten vom europäischen Binnenmarkt profitiert. Für die Schweiz zahlt sich der privilegierte Zugang zum europäischen Binnenmarkt also ganz besonders aus. Dieser Zugang ist einzigartig, massgeschneidert und durch die bilateralen Abkommen gesichert. Volkswirtschaftlich sind die bilateralen Abkommen zweifellos von grossem Vorteil für unser Land.

Diese Vorteile der Bilateralen werden auch von den Unternehmen deutlich wahrgenommen. Sie haben es von Urs Bieri gehört: Drei von vier Unternehmen sehen in den bilateralen Abkommen ausschliesslich oder mehrheitlich Vorteile. Aus Sicht der Unternehmen hat die Bedeutung der Bilateralen für den Wirtschaftsstandort Schweiz seit der letzten Erhebung vor einem Jahr noch zugenommen. Für mehr als zwei Drittel der Unternehmen ist dabei die Rechtssicherheit gegenüber der EU absolut zentral. Und aus heutiger Sicht ist ebenso klar, dass diese Rechtssicherheit nur mit einem Rahmenabkommen gesichert und verbessert werden kann. Ich komme später auf das Rahmenabkommen zu sprechen. Zuerst möchte ich noch einen Blick auf das Meinungsbild zur Zukunft der Bilateralen werfen.

Der Status quo ist keine valable Option

Aus der Befragung ergibt sich folgendes Meinungsbild: Zum einen wünscht sich fast jedes zweite befragte Unternehmen, dass die guten vertraglichen Beziehungen mit der EU auf dem heutigen Niveau bleiben. Wir haben also eine grosse Zufriedenheit mit dem bilateralen Weg. Auf der anderen Seite ist auch für die Unternehmen klar, dass eine Weiterentwicklung unseres Verhältnisses zur EU unumgänglich ist. Sie sehen nämlich auch, dass sie zwar noch einige Jahre – je nach Branche etwas länger oder

weniger lang – von den bestehenden bilateralen Abkommen profitieren können, dass aber bei einem Status quo die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes erodieren wird und wir dadurch immer mehr den Anschluss verlieren werden.

Die Frage ist nun, wie denn unser Verhältnis zur EU weiterentwickelt werden soll. Die Unternehmen bevorzugen ein Rahmenabkommen, einen EWR-Beitritt oder – etwas weniger deutlich – eine Zusammenarbeit auf der Basis der bisherigen Bilateralen ohne Anpassungsmöglichkeit. Hier müssen wir klar konstatieren, dass der Status quo keine nachhaltige Option ist. Aussitzen oder abwarten bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag bringt unser Land nicht weiter. Ganz im Gegenteil. Das aktuelle Zeitfenster für eine gütliche Einigung mit der EU dauert noch maximal bis zum Sommer.

Der Bundesrat sollte nun rasch vorwärts machen

Laut Medienberichten zieht der Bundesrat in Erwägung, erst nach der Volksabstimmung über die Kündigungsinitiative im nächsten Jahr zum Rahmenabkommen Stellung zu beziehen. Die Schweizer Wirtschaft ist äusserst besorgt über eine solche Entwicklung und kann ein entsprechendes Vorgehen nicht unterstützen. Wenn der Bundesrat nämlich weiterhin zögert, seine Haltung zum Rahmenabkommen klarzumachen und dieses zu einem positiven Abschluss zu bringen, riskiert er gravierende Nachteile für unser Land. Die Teilnahme der Schweiz am europäischen Binnenmarkt wird sich auf absehbare Zeit markant verschlechtern. In einem ersten Schritt wird die EU die Schweizer Börsenregulierung wohl nicht mehr als gleichwertig anerkennen und bestehende Abkommen nicht mehr aufdatieren. So riskieren wir Nachteile bei den technischen Handelshemmnissen und unsere Teilnahme an EU-Forschungsprogrammen ist infrage gestellt. Der Abschluss des Stromabkommens wäre weiterhin blockiert und die Äquivalenzanerkennung des Schweizer Datenschutzgesetzes im nächsten Jahr unwahrscheinlich.

Diese Risiken sind sehr real: Die EU-Kommission hat bereits in der Vergangenheit Gegenmassnahmen vorgenommen. So wurden die technischen Handelshemmnisse nicht mehr aktualisiert, die Schweiz verlor zwischenzeitlich den Status eines vollassozierten Partners im Forschungsprogramm Horizon 2020, die Börsenäquivalenz wurde aberkannt und schliesslich trafen uns auch die protektionistischen Massnahmen der EU bei ihren Stahl- und Aluminiumimporten. Zudem hat die EU-Kommission im Januar in einer internen Weisung festgehalten, dass vorderhand nur noch positive Entscheide zum Marktzugang der Schweiz zu fällen seien, wo eine rechtliche Pflicht bestehe und wo dies im «übergeordneten Interesse» der EU sei. Wir haben gegenwärtig keinen Hinweis auf eine Abkehr von dieser Politik der Erosion. Sollte eine solche Erosion tatsächlich stattfinden, würde sich für viele Schweizer Unternehmen der Zugang zu ihrem wichtigsten Absatzmarkt verschlechtern. Bereits auf mittlere Frist würde dies den Schweizer Wirtschaftsstandort strukturell schädigen. Da die Zukunft des bilateralen Wegs gefährdet würde, wären über die Zeit alle Exportbereiche der Schweiz betroffen.

Innenpolitisch würde eine Eskalation zwischen der Schweiz und der EU zu gravierenden Nachteilen im schon bald anstehenden Abstimmungskampf gegen die SVP-Kündigungsinitiative führen.

Mit dem vorliegenden Rahmenabkommen erhält die Schweiz die Chance, auch künftig zu gleichen Bedingungen in ausgewählten Sektoren des Binnenmarkts teilzunehmen. Es gibt keinen Grund, diese Chance nicht zu packen. Der Bundesrat sollte nun rasch vorwärts machen!

Wir erwarten vom Bundesrat, dass er die noch offenen Fragen aus den Konsultationen zügig klärt und positiv zum Rahmenabkommen Stellung nimmt. Das haben wir den Bundesrätinnen und Bundesräten in einem Brief Anfang Mai auch so mitgeteilt. Immerhin geht es um das künftige Verhältnis zu unserem wichtigsten Handelspartner und zum grössten Absatzmarkt für Schweizer Unternehmen.



Vorteile der Bilateralen mit einem Rahmenabkommen in die Zukunft führen

Kurzbericht zur Befragung von Schweizer Unternehmen

Projektteam

Urs Bieri: Politik- und Medienwissenschaftler

Jonas Kocher: Politikwissenschaftler

Alexander Frind: Politikwissenschaftler

José Kress: Soziologe

Daniel Bohn: Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Noah Herzog: Administration

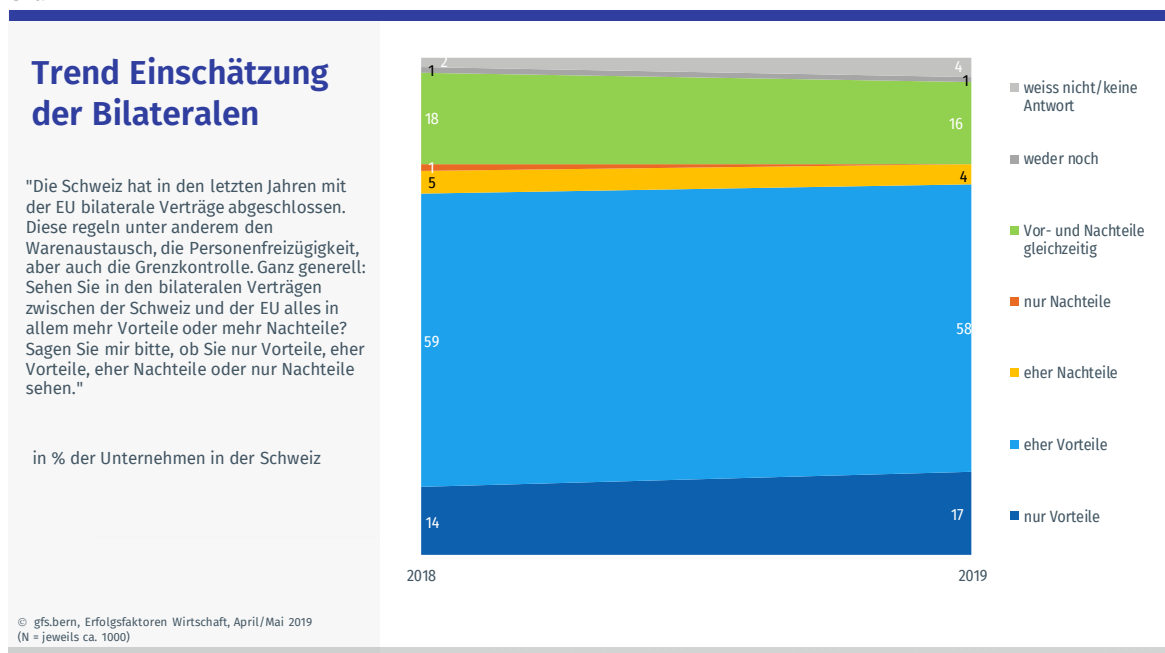
1 Beurteilung Bilaterale Verträge



- Die aktuellen Bilateralen Verträge sind aus Sicht der Schweizer Unternehmen klar mehrheitlich vorteilsbehaftet und wichtig für das Unternehmen. Gegenstimmen sind branchen- und unternehmensgrößenübergreifend nur minderheitlich vorhanden. Die seit einem Jahr sichtbar laufende öffentliche Diskussion rund um das institutionelle Abkommen mit der EU hat unter Unternehmen die wohlwollende Beurteilung der bisherigen Verträge bestärkt.
- Mit deutlicher Mehrheit wird die mit den Bilateralen verbundene Vertragssicherheit gegenüber der Europäischen Union begrüsst.

Ungebrochen haben die Schweizer Unternehmen eine sehr breite Vorteilssicht auf die Bilateralen. 75 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz verbinden die aktuellen Verträge mehr oder weniger dezidiert mit Vorteilen, während marginale 4 Prozent eine Nachteilssicht äussern. 16 Prozent der Unternehmen können sich zwischen den Positionen nicht entscheiden.

Grafik 1

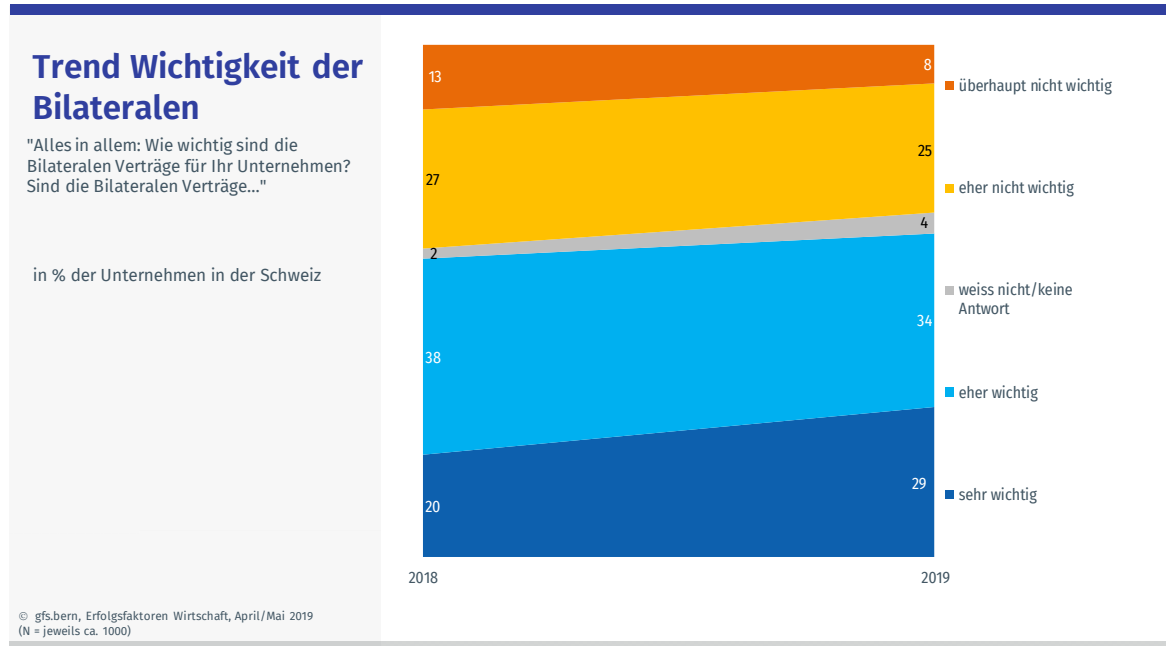


Nach wie vor geht diese Vorteilssicht weiter, als wir es in einer themenverwandten Bevölkerungsbefragung aus dem Frühling 2019 beobachtet haben. Auf Bevölkerungsebene äusserten sich 59 Prozent gegenüber den Bilateralen mehr oder weniger vorteilhaft, während 19 Prozent eine kritische Position einnahmen.

Insgesamt finden sich auch in Unterscheidung verschiedener Branchen und Unternehmensgrößen keine konträren Meinungsbilder – die Vorteilssicht dominiert überall.

Auf einer solchen Basis überrascht es nicht, dass die Bilateralen Verträge für das eigene Unternehmen als sehr bis eher wichtig eingestuft werden.

Grafik 2



Im Jahr 2019 beurteilen 63 Prozent aller Unternehmensvertreter die Bilateralen Verträge als sehr oder eher wichtig, während minderheitliche 33 Prozent wenig bis gar keine Wichtigkeit für ihr Unternehmen sehen. Seit 2018 ist die wahrgenommene Wichtigkeit angewachsen und die Beurteilung als unwichtig geschrumpft. Auch hier erkennen wir die gleiche Entwicklung wie Anfang des Jahres in einer Befragung unter der Bevölkerung: Rund um die Diskussion zum Rahmenabkommen wurden sich sowohl Bevölkerung als auch die Unternehmen der hohen Bedeutung der Bilateralen noch stärker bewusst.

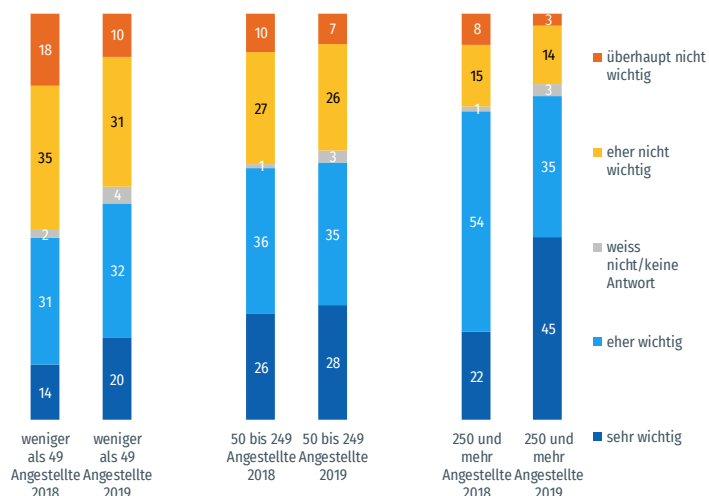
Wie schon im Jahr 2018 gilt ungebrochen: Je mehr Mitarbeitende ein Unternehmen hat, desto wichtiger werden die Verträge für das eigene Unternehmen eingestuft.

Grafik 3

Trend Wichtigkeit der Bilateralen nach Unternehmensgrösse

"Alles in allem: Wie wichtig sind die Bilateralen Verträge für Ihr Unternehmen?"

in % der Unternehmen in der Schweiz



© gfs.bern, Erfolgsfaktoren Wirtschaft, April/Mai 2019 (N = jeweils ca. 1000)

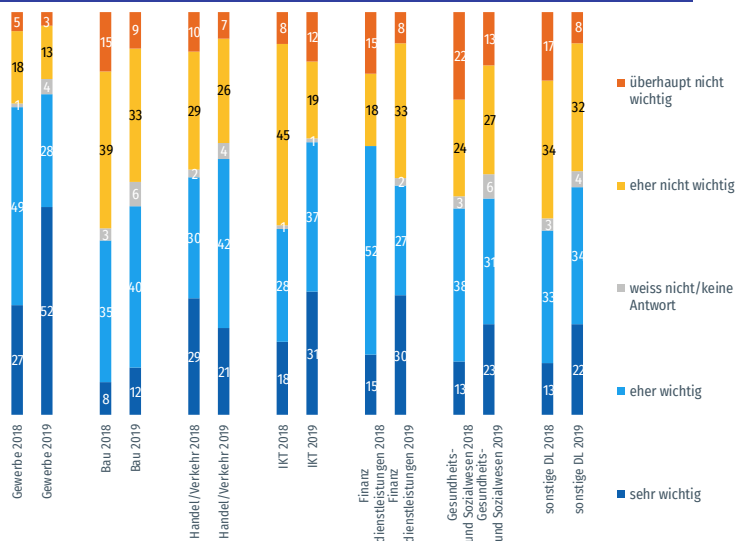
Innerhalb der untersuchten Branchen beobachten wir überall eine mehrheitliche Wichtigkeitszuordnung und Entwicklung in Richtung erhöhter Wichtigkeit.

Grafik 4

Trend Wichtigkeit der Bilateralen nach Branche

"Alles in allem: Wie wichtig sind die Bilateralen Verträge für Ihr Unternehmen?"

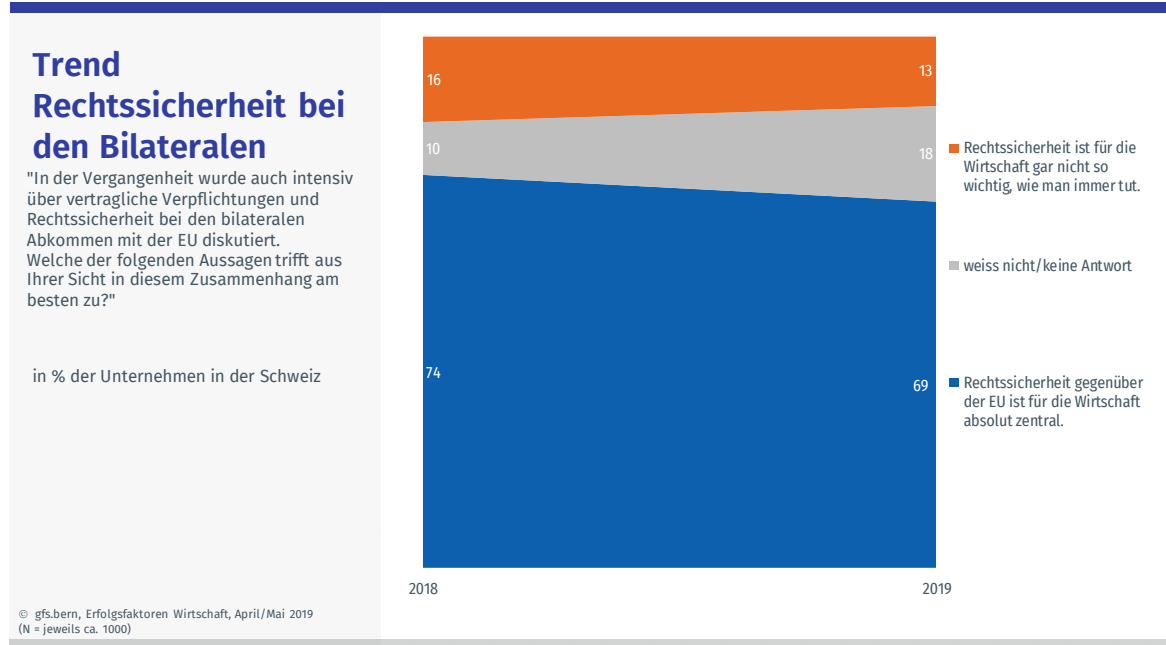
in % der Unternehmen in der Schweiz



© gfs.bern, Erfolgsfaktoren Wirtschaft, April/Mai 2019 (N = jeweils ca. 1000)

Auch 2019 wird die Rechtssicherheit gegenüber der EU mit grosser Mehrheit als zentral erachtet. Die gegenteilige Ansicht bleibt eine klare Minderheitsmeinung, denn nur 13 Prozent der Unternehmen schätzen die Rechtssicherheit als nicht zentral für die Wirtschaft ein.

Grafik 5



2 Beurteilung Szenarien

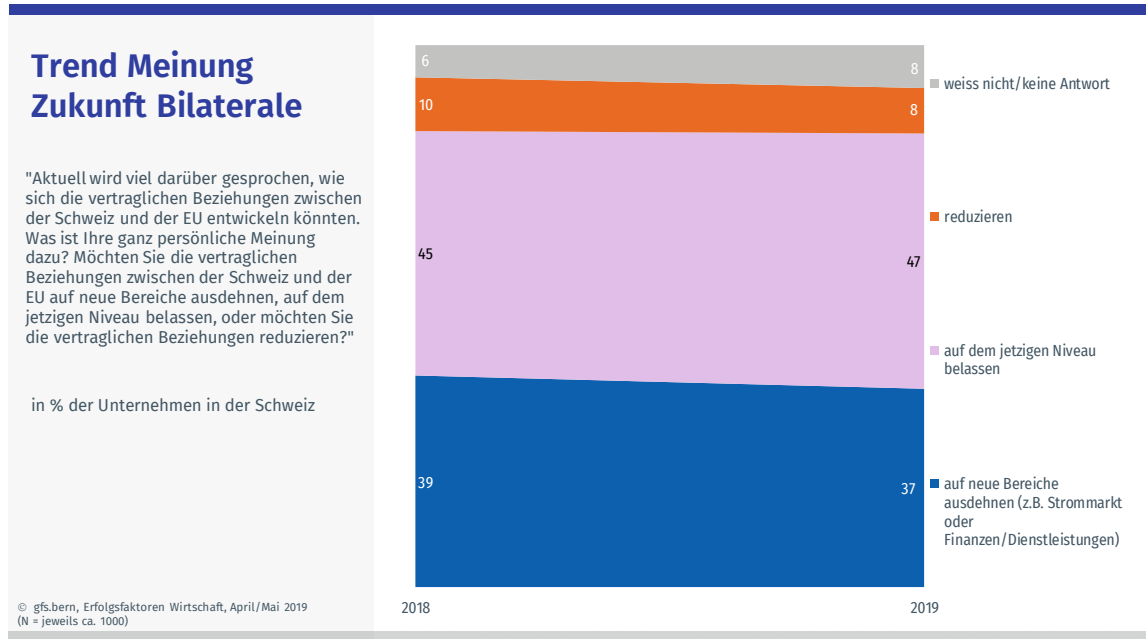
- Solange die Bilateralen Verträge die aktuellen Vorteile weiterhin gewährleisten, braucht es aus Sicht der Schweizer Wirtschaft nicht unbedingt eine Anpassung. Da eine solche Stabilität im Guten aber nicht gegeben bleibt, ist die Anpassung aus Sicht der Schweizer Wirtschaft mittelfristig unumgänglich: Bei Verzicht schwinden die Vorteile der Bilateralen und aus Unternehmenssicht nimmt damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit immer mehr ab.



- Bei freier Auswahl aus verschiedenen Szenarien erscheinen Entwicklungen in Richtung eines EWR-Beitritts oder institutionellen Abkommens knapp mehrheitlich attraktiv, während gerade das in der Bevölkerung mehrheitlich geteilte Freihandelsabkommen für Güter und Dienstleistungen in der Schweizer Wirtschaft deutlich verworfen wird.

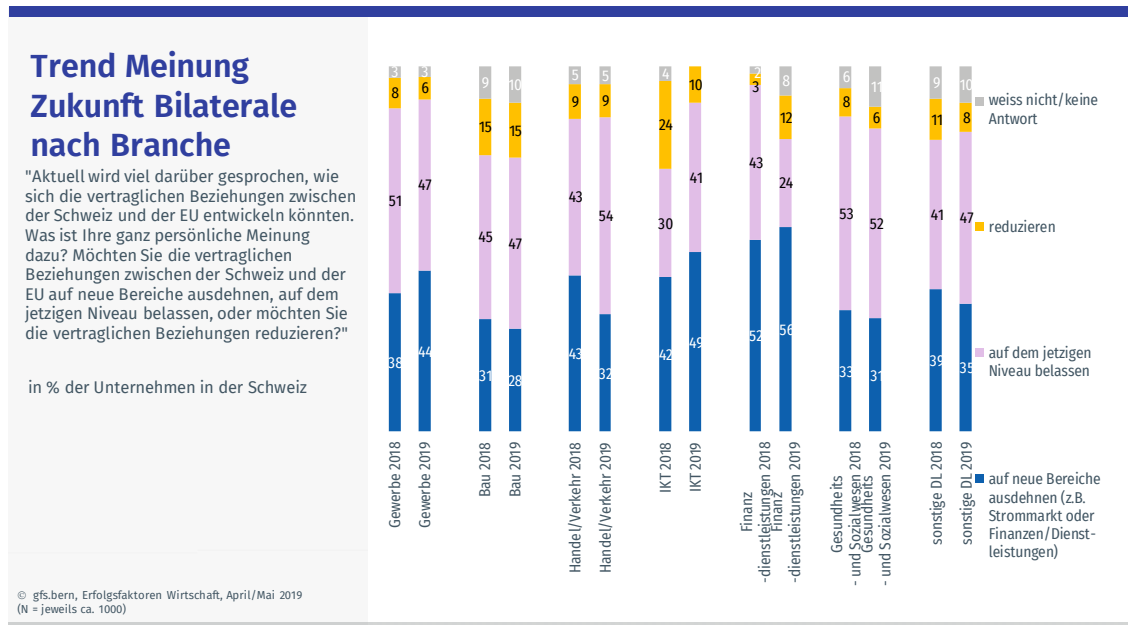
Auf dieser wohlwollenden Basis beurteilen Vertreter der Schweizer Wirtschaft aktuell diskutierte Reformabsichten rund um die Verträge.

Grafik 6



Insgesamt erstaunt es nicht, dass der grösste Teil der Befragten den zufriedenstellenden Status quo an erster Stelle begrüsst. Wenn eine Veränderung gewünscht wird, geht sie sichtbar häufiger Richtung Ausdehnung auf neue Bereiche, während eine Reduktion weg vom Status quo nur marginal gewünscht wird.

Grafik 7

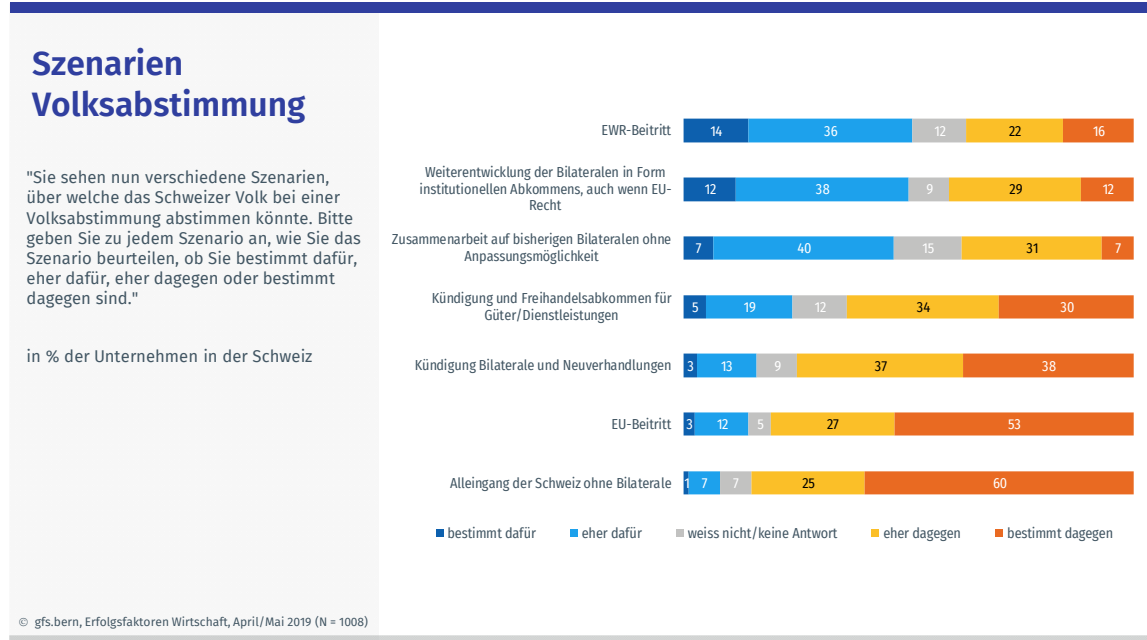


Sichtbar häufiger wird eine Ausdehnung auf neue Bereiche in den Branchen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen gewünscht, was die Direktbetroffenheit als Entscheidgeber in solchen Fragen unterstreicht. In keiner Branche finden wir namhaft geteilte Reduktionwünsche. Der stärkste Reduktionswunsch findet sich in der

Baubranche, wo sich 15 Prozent für eine Reduktion gegenüber dem Status quo aussprechen.

Wenn sich aber der Status quo nur mit negativen Folgen erhalten lassen würde, würden ihn die Vertreter von Schweizer Unternehmen aber nicht in letzter Konsequenz verteidigen.

Grafik 8

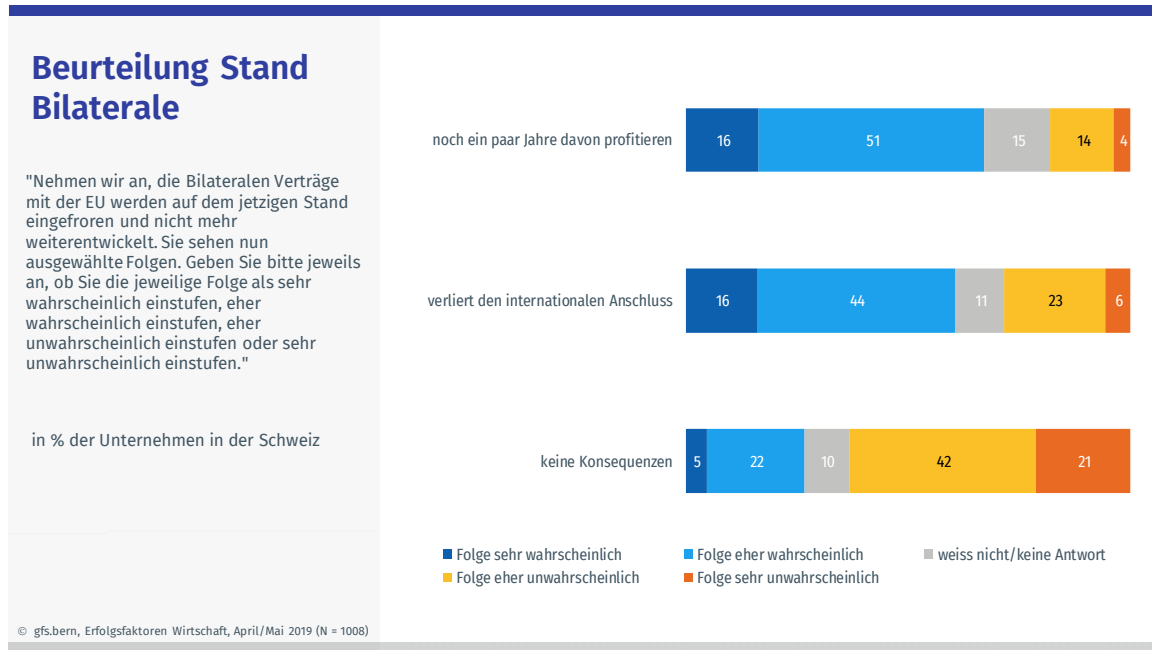


So geniesst sowohl eine Weiterentwicklung in Richtung EWR-Beitritt als auch die Weiterentwicklung der Bilateralen in Richtung eines institutionellen Abkommens, auch wenn damit die Übernahme von EU-Recht verbunden ist, knapp mehrheitliche Zustimmung. Erst an dritter Stelle, und knapp nicht mehrheitlich geteilt, stehen die bisherigen Bilateralen, ohne weitere Anpassungsmöglichkeiten in Zukunft.

Alle anderen abgefragten Szenarien, insbesondere auch das in der Bevölkerung mit knapper Mehrheit gestützte reine Freihandelsabkommen für Güter und Dienstleistungen, haben unter Schweizer Unternehmen keine Mehrheiten.

Dass die Schweizer Wirtschaft mehrheitlich bereit ist, über mögliche Weiterentwicklungen nachzudenken, hat nicht zuletzt damit zu tun, dass der Status quo aus Ihrer Sicht in Zukunft auf lange Sicht nicht tragfähig ist.

Grafik 9



Die Befragten gehen nämlich davon aus, dass man zwar noch einige Jahre vom Bestehenden profitieren kann, aber immer mehr den internationalen Anschluss verliert. Diese Einschätzung findet sich mehrheitlich ebenfalls in allen Branchen und innerhalb aller Unternehmensgrößen. Einen Verzicht auf eine Weiterentwicklung ohne Konsequenzen gibt es aus Sicht der Schweizer Wirtschaft nicht.

3 Beurteilung institutionelles Rahmenabkommen



- Die Schweizer Wirtschaft steht mehrheitlich hinter dem aktuell diskutierten institutionellen Rahmenabkommen.
- Mit der Akzeptanz ist hauptsächlich das Ansinnen verbunden, die vorteilsbehafteten Bilateralen in die Zukunft zu retten. Die Wahrnehmung des institutionellen Abkommens als Knechtschaftsvertrag fördert hingegen eine kritische Sicht.

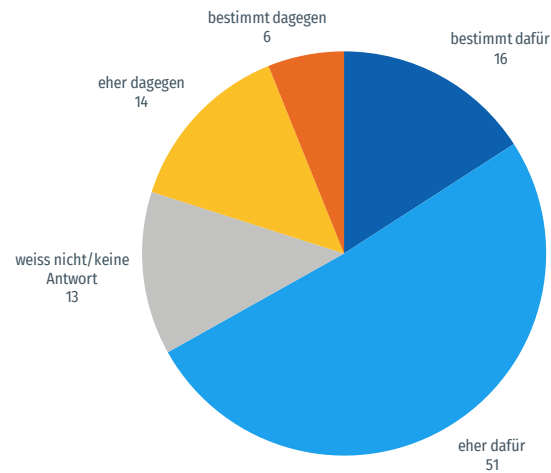
Wird das Rahmenabkommen in der aktuell diskutierten Form direkt adressiert, bestätigen sich die grundsätzlichen Mehrheiten für eine Weiterentwicklung der Bilateralen auch im Konkreten.

Grafik 10

Akzeptanz institutionelles Abkommen Schweiz-EU

"Würde ein solches institutionelles Abkommen Schweiz-EU zur Abstimmung kommen, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % der Unternehmen in der Schweiz



© gfs.bern, Erfolgsfaktoren Wirtschaft, April/Mai 2019 (N = 1008)

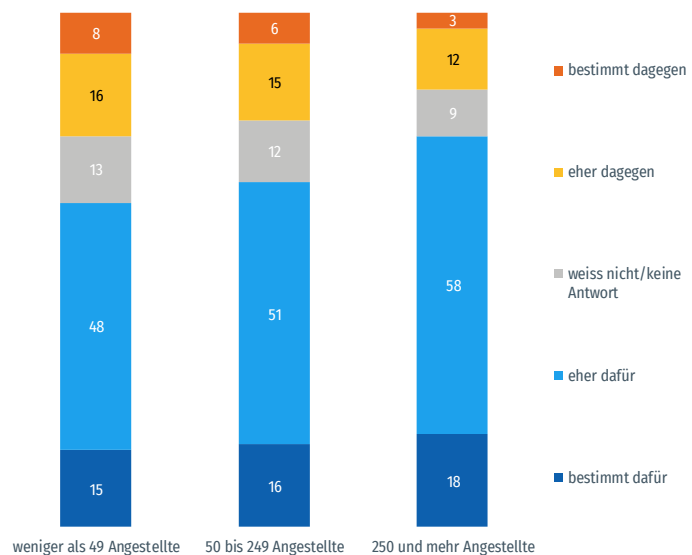
67 Prozent der Schweizer Unternehmen können sich vorstellen, ein institutionelles Rahmenabkommen in der aktuell diskutierten Form mehr oder weniger stark zu befürworten, während klar minderheitliche 20 Prozent dagegen eintreten würden. Dabei erscheint insbesondere die Ablehnung weniger stark ausgeprägt, als wir dies für die Schweizer Stimmberechtigten Anfang des Jahres festgehalten haben (35%).

Grafik 11

Stimmabsicht nach Unternehmensgrösse

"Würde ein solches institutionelles Abkommen Schweiz-EU zur Abstimmung kommen, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

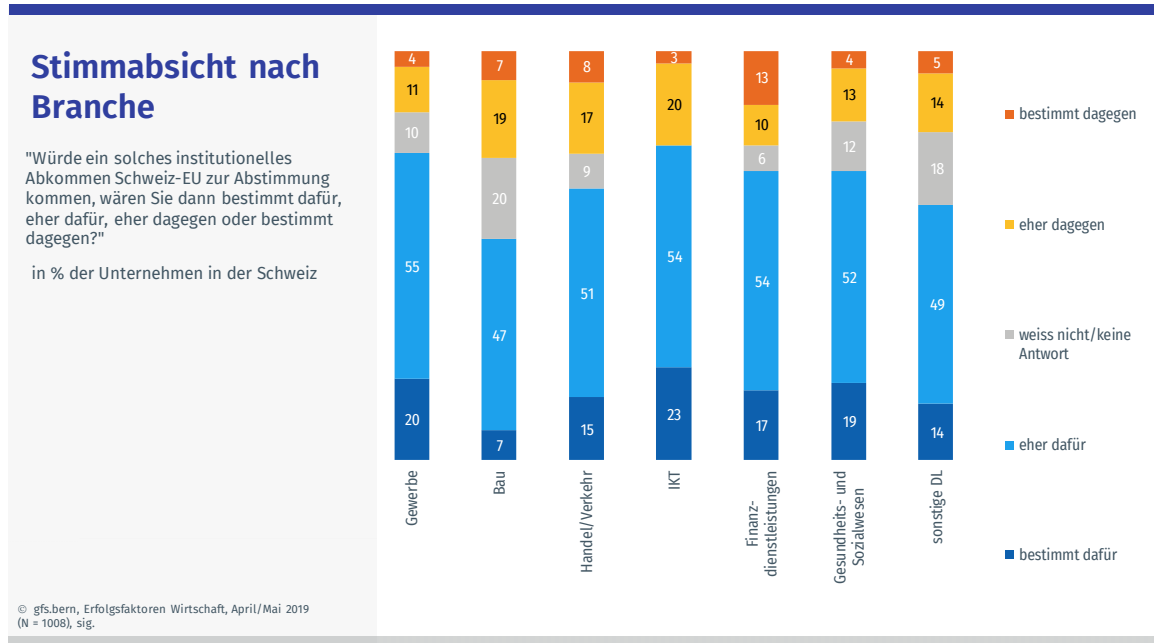
in % der Unternehmen in der Schweiz



© gfs.bern, Erfolgsfaktoren Wirtschaft, April/Mai 2019 (N = 1008), sig.

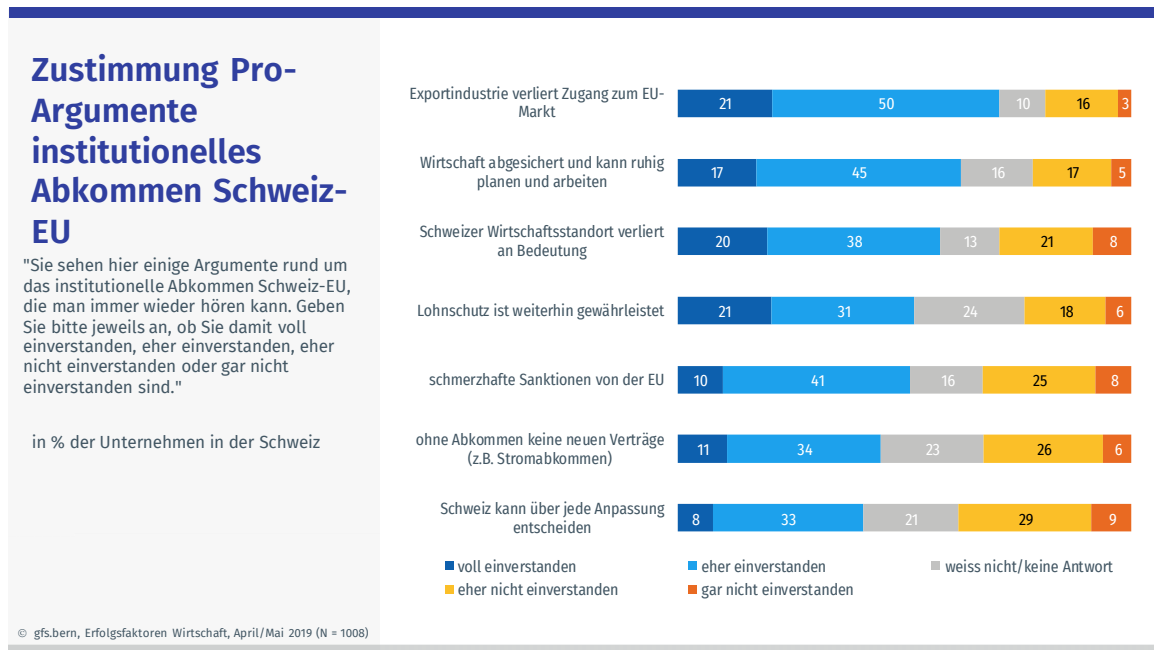
Mehrheitliche Zustimmung findet sich innerhalb von allen Branchen und Unternehmensgrössen, wenn auch die Akzeptanz mit zunehmender Grösse zunimmt und in der Baubranche unterdurchschnittlich, aber immer noch mehrheitlich ist.

Grafik 12



Diese positive Einschätzung des institutionellen Abkommens wird von einer ganzen Reihe mehrheitlich geteilter Argumente gestützt:

Grafik 13

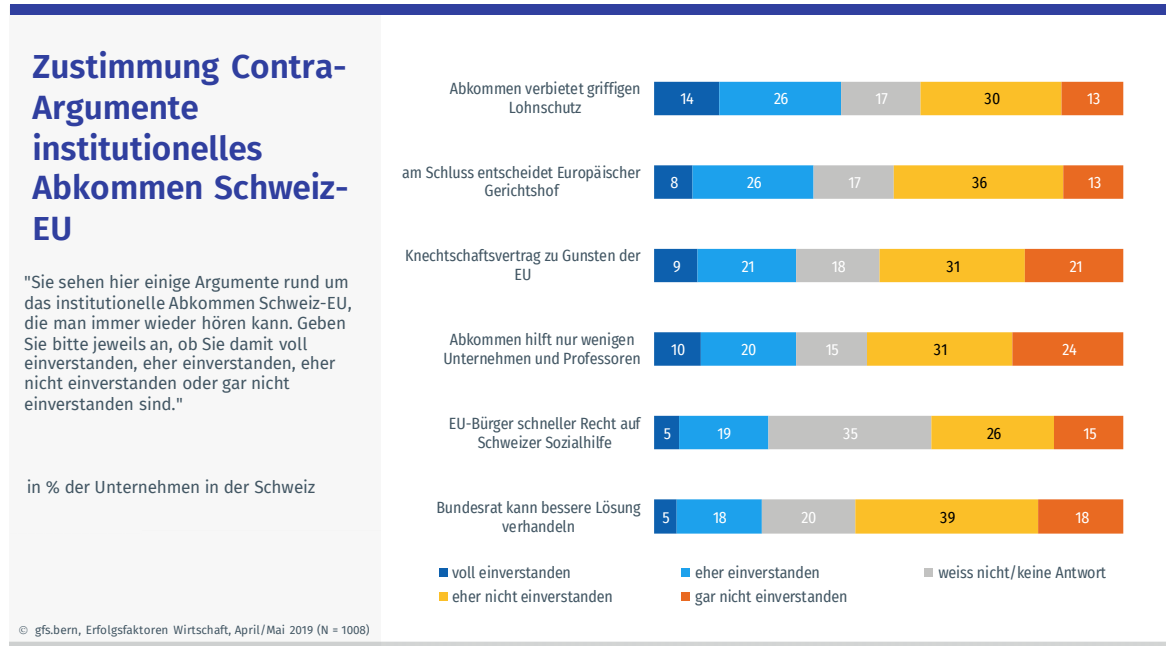


So betonen unter den Schweizer Unternehmen Mehrheiten, dass die Exportindustrie ohne institutionelles Abkommen unter einem immer weniger guten Zugang zum EU-Exportmarkt leidet, die Schweizer Wirtschaft an Bedeutung verliert und seitens der EU bei Verzicht auf das Abkommen mit schmerzhaften Sanktionen gerechnet werden muss. Positive Effekte durch das institutionelle Abkommen werden bei der Planungssicherheit erwartet, während der Lohnschutz immer noch als gewährleistet eingestuft wird.

Unsicherheit ohne klare Mehrheiten erkennen die befragten Unternehmen bei der Einschätzung, ob es auch ohne institutionelles neue Verträge mit der EU geben wird

respektive ob die Schweiz auch mit dem Rahmenabkommen noch über jede Anpassung einzeln entscheiden kann.

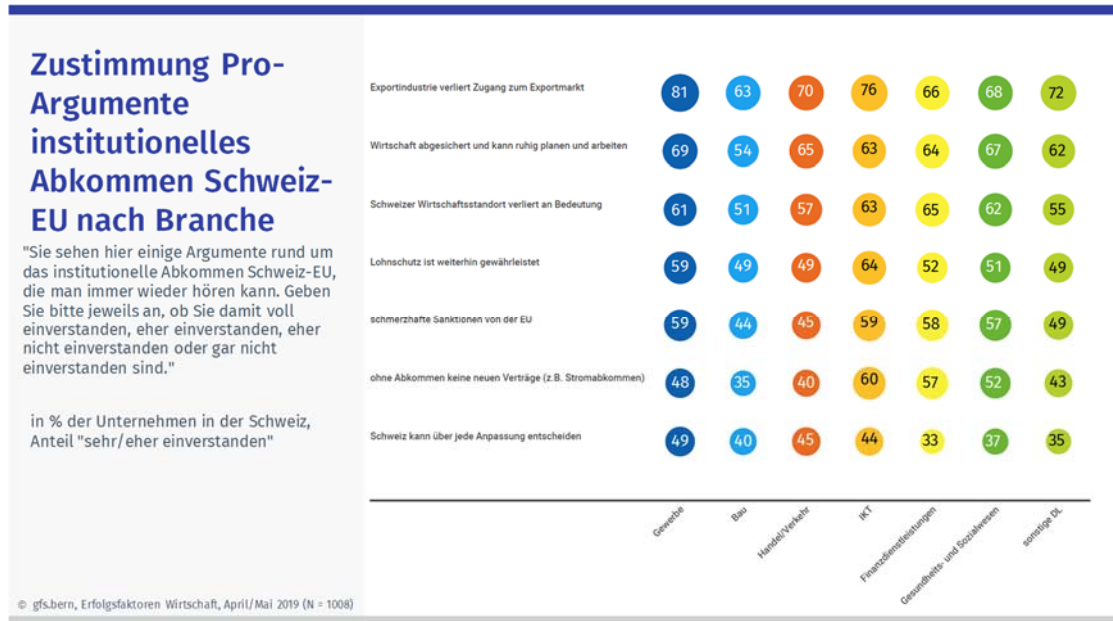
Grafik 14



Auf der Contra-Seite finden sich keine mehrheitlich geteilten Argumente. Gerade die beiden auf Bevölkerungsebene breit geteilten Aussagen, dass das Abkommen griffigen Lohnschutz verbietet und der Vertrag inhaltlich als Knechtschaftsvertrag der EU taxiert werden kann, werden mehrheitlich verworfen. Explizit verworfen wird zudem die Ansicht, dass der Bundesrat eine bessere Lösung als die vorliegende verhandeln kann.

Innerhalb der einzelnen Branchen und Unternehmensgrössen finden sich bezüglich der Beurteilung der Argumente nur leichte Unterschiede, ohne dass sich ein anderes grosses Bild ergibt.

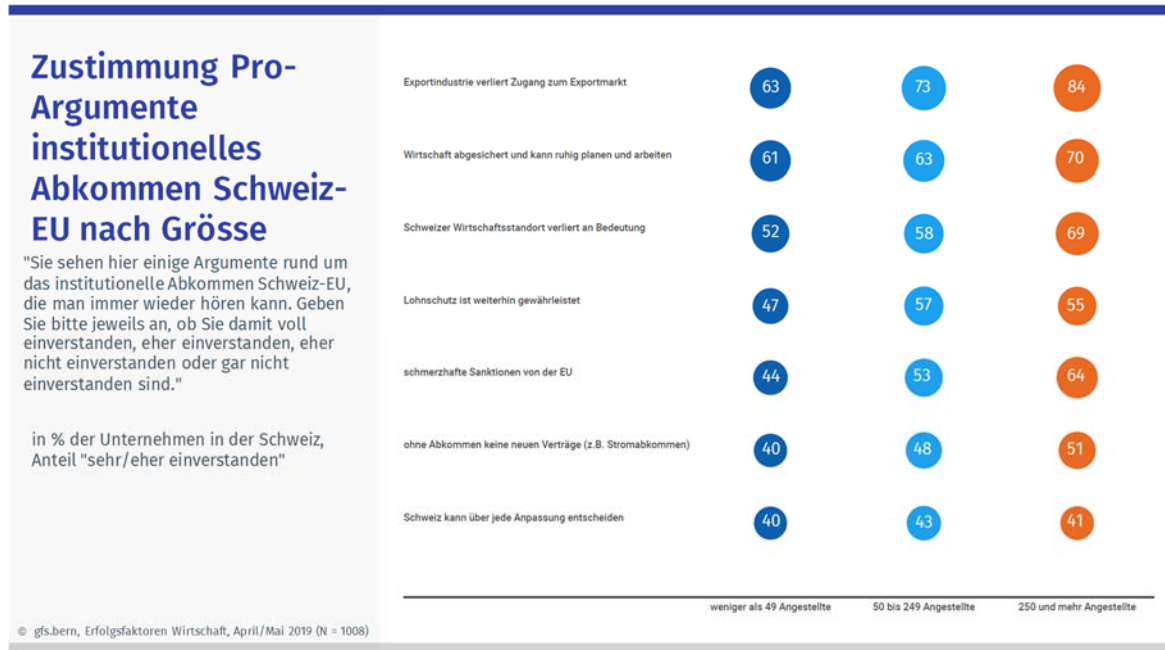
Grafik 15



Im Hinblick auf die Pro-Argumente zeigt sich die Baubranche in der Zustimmung zurückhaltender als die übrigen untersuchten Branchen, denn die durchschnittliche Zustimmung zu allen Pro-Argumenten beträgt 48 Prozent. Die Wichtigkeit des Zugangs zu Exportmärkten, Planungssicherheit für die Wirtschaft und ein möglicher Bedeutungsverlust des Standortes sind aber auch in der Baubranche unbestritten. Besonders stark unterstützt werden die Pro-Botschaften zum institutionellen Abkommen von der Informations- und Kommunikationstechnologie und dem Gewerbe (durchschnittliche Zustimmung jeweils 61%).

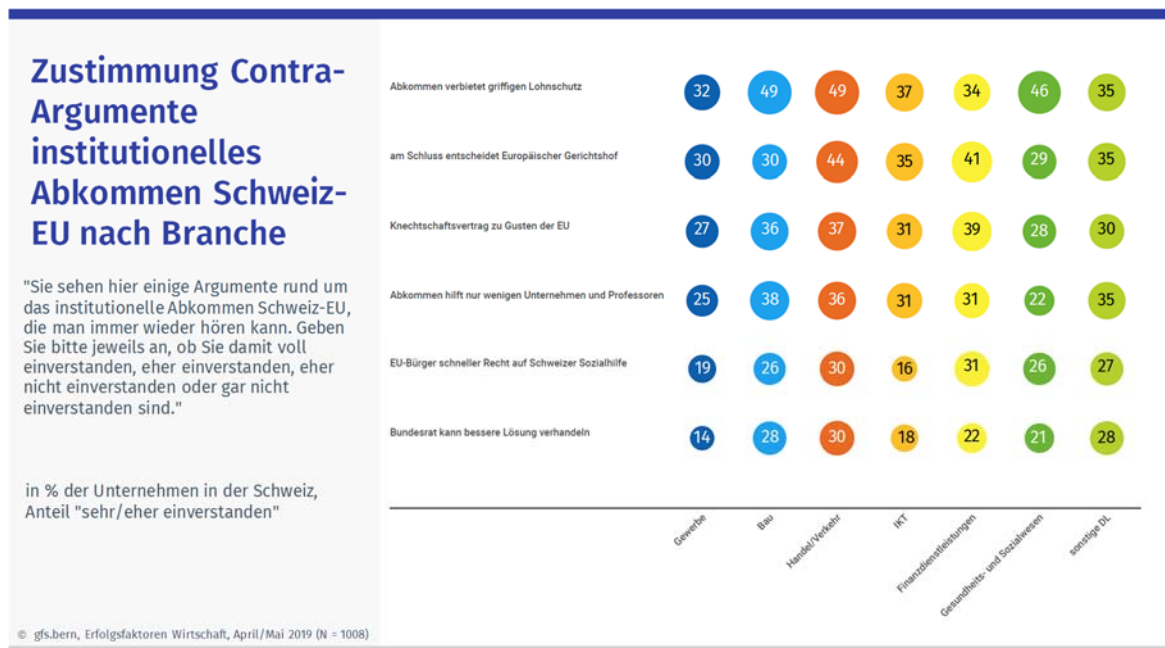
Die Zustimmung zu den einzelnen Pro-Argumenten steigt mit der Unternehmensgrösse und in fast allen Fällen grosse Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden eine besonders starke Zustimmung auf.

Grafik 16



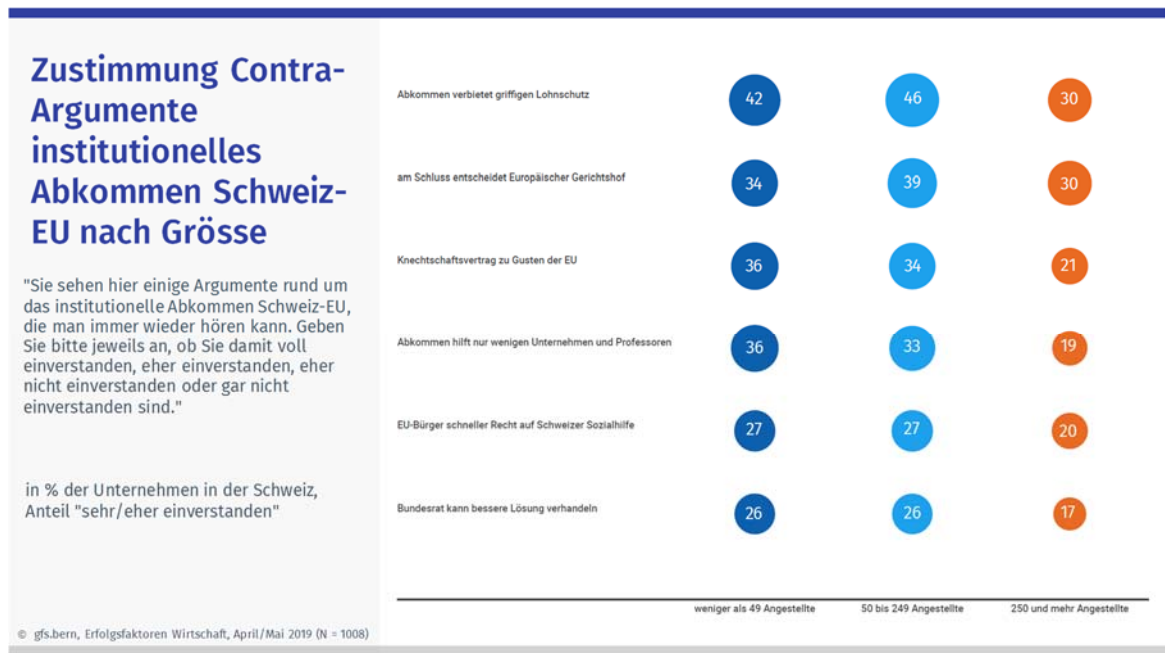
Auf der gegnerischen Seite findet keine Botschaft eine Mehrheit in den einzelnen Branchen. Im Branchenvergleich zeigen die Baubranche und der Handel beziehungsweise das Verkehrswesen erhöhte Zustimmungswerte.

Grafik 17



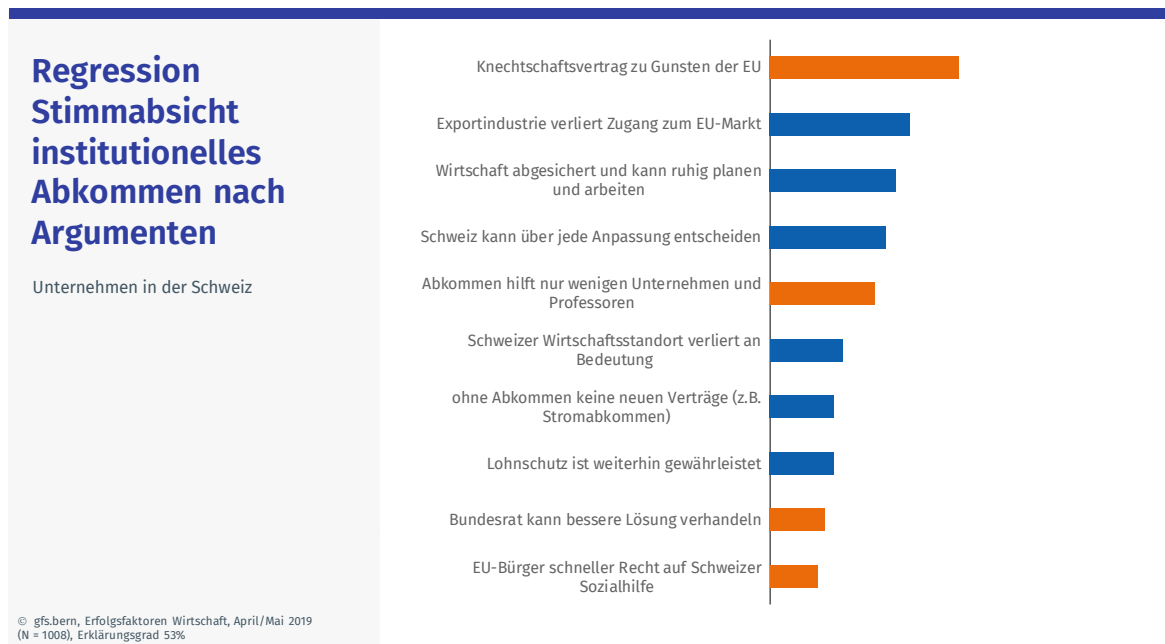
Analog zur hohen Zustimmung zu den Pro-Argumenten fällt die Beurteilung der Contra-Argumente durch die grossen Unternehmen (mehr als 250 Mitarbeitende) tiefer als bei Unternehmen mit weniger Mitarbeitenden.

Grafik 18



Untersuchen wir alle abgefragten Argumente bezüglich der Wirkungskraft auf die Stimmabsicht zum institutionellen Rahmenabkommen, findet sich insgesamt ein sehr ähnliches Wirkungsgefüge, wie wir es für die Schweizer Stimmberechtigten modelliert haben. Die (klar minderheitliche) Ablehnung des institutionellen Abkommens wird hauptsächlich durch das Gefühl eines Knechtschaftsvertrags befördert, während die Zustimmung hauptsächlich die Verhinderung von Risiken und Nachteilen in Zukunft, insbesondere im Zugang zum Europäischen Binnenmarkt beabsichtigt.

Grafik 19

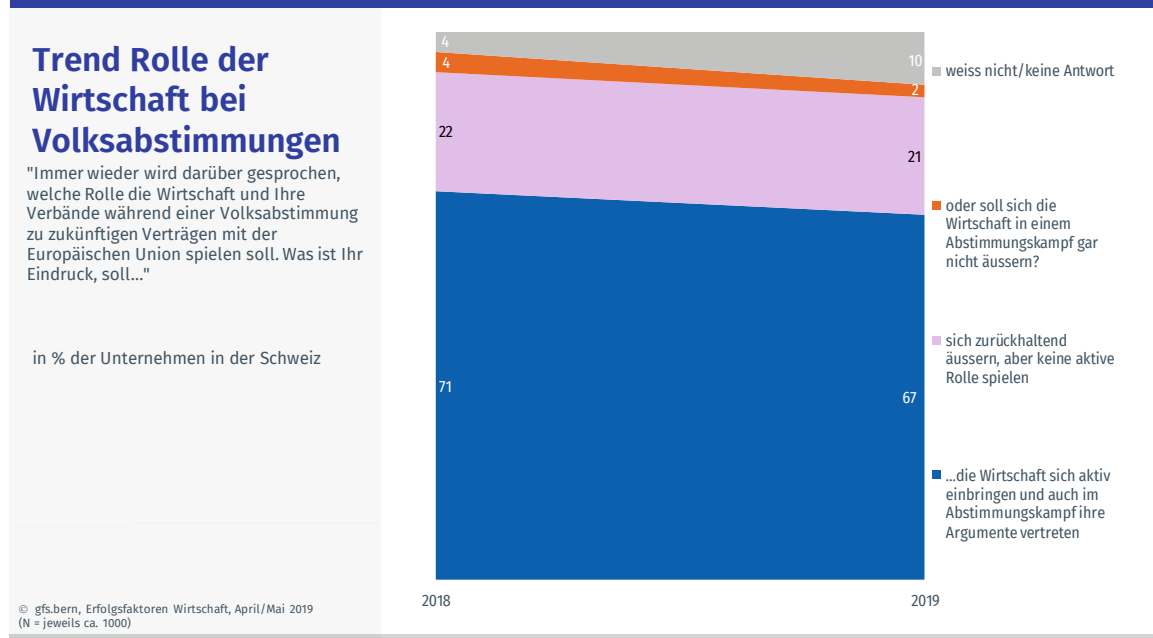


Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: die Argumente für oder gegen das InstA) auf eine abhängige Variable (Akzeptanz InstA). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Zustimmung (blau) oder eher zu einer Ablehnung (orange) führt. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

4 Beurteilung Rolle der Wirtschaft

Wie schon im Vorjahr wünschen sich Mehrheiten aus der Schweizer Wirtschaft rund um die schweizerische Diskussion zu Europa ein verstärktes Engagement aus den eigenen Kreisen.

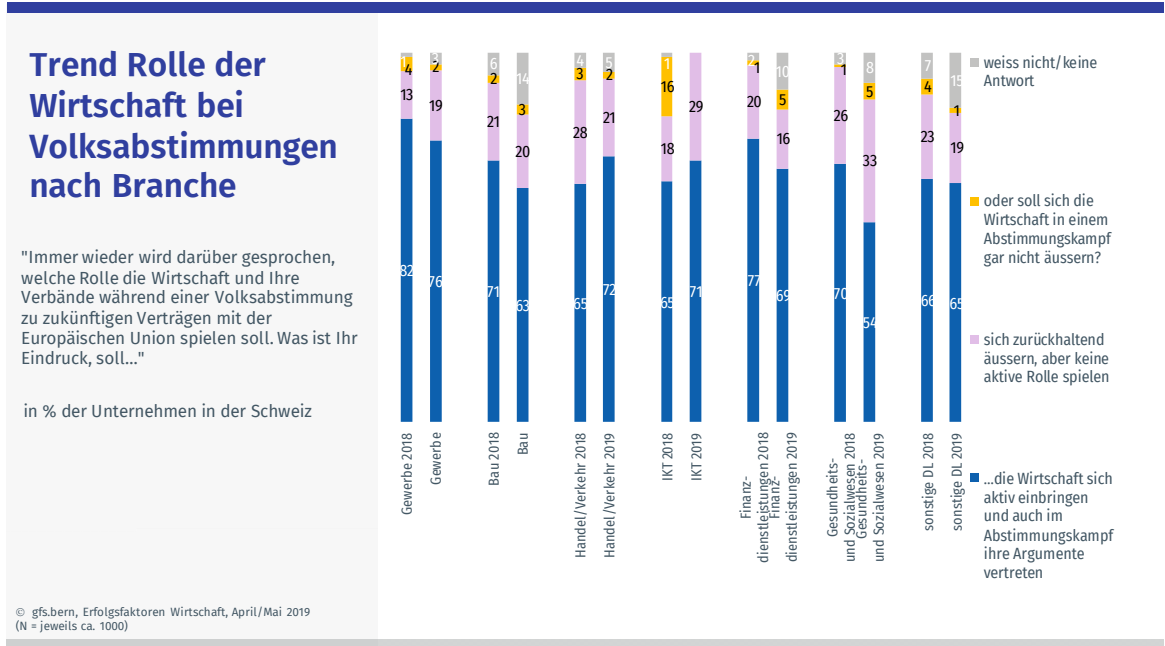
Grafik 20



67 Prozent wünschen ein aktives Engagement der Wirtschaft bis hin zu einem möglichen Abstimmungskampf, während nur 2 Prozent die Gegenposition einnehmen und sich gar kein entsprechendes Engagement wünschen. Auch wenn dieser Wert seit 2018 leicht erodiert ist, zeigt sich damit auch 2019, dass die Wirtschaft nicht nur eine grössere Erwartungshaltung und Nutzensicht gegenüber dem Europäischen Binnenmarkt hat, sondern es für wichtig hält, mit diesen Positionen im öffentlichen Raum verstärkt stattzufinden.

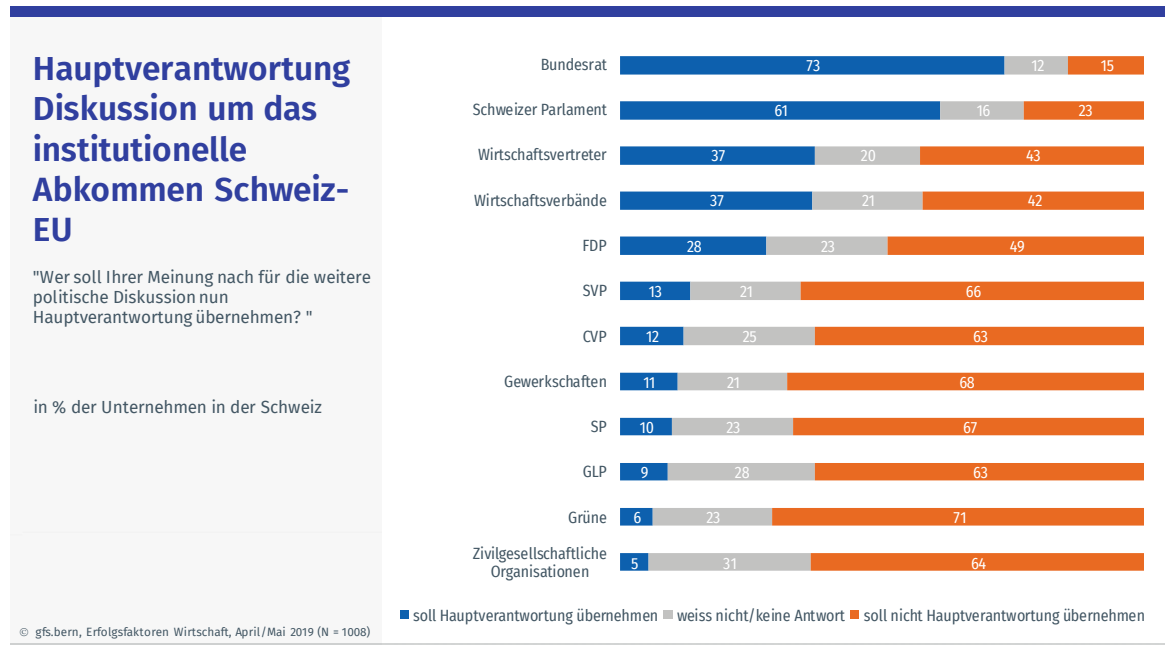
Im Grundsatz findet sich ein solcher Wunsch hin zu aktiverem Verhalten mehrheitlich in allen beobachteten Branchen.

Grafik 21



Bezeichnend ist schlussendlich, in welchem Rahmen die Schweizer Wirtschaft das weitergehende Engagement hin zu einer reformierten Beziehung zur EU ansiedelt:

Grafik 22



Im Zentrum der Verantwortung für den weiteren Prozess stehen aus Sicht der Unternehmen der Bundesrat und das Parlament, assistiert von personalisierten oder organisierten Vertretern der Wirtschaft. Damit sehen die Unternehmen die Elemente eines klassischen legislativen Prozesses inklusive Vernehmlassungsprozess in der Verantwortung – wenn auch die Gewerkschaften aus Sicht der Wirtschaft keine Rolle spielen müssten. Es kann durchaus vermutet werden, dass die Zuordnung der

Hauptverantwortung ein grundsätzliches Vertrauen in den aktuellen Verhandlungs- und Legiferierungsprozess der Schweizerischen Politik spiegelt.

5 Mandat und Datenbasis

Im Auftrag von Alliance Economie-Politique und economiesuisse führte das Forschungsinstitut gfs.bern erneut eine Umfrage zur Europapolitik bei in der Schweiz ansässigen Unternehmen durch. Ziel der Studie ist es, Bedürfnisse und Einschätzungen von Schweizer Unternehmen zur Europapolitik besser zu kennen und sichtbar zu machen. Ein inhaltlicher Schwerpunkt wurde 2019 in Bezug auf die Beurteilung des institutionellen Rahmenabkommens gesetzt.

Befragt wurden Personen mit Geschäftsleitungsverantwortung aus 1'008 Unternehmen mit 20 oder mehr Mitarbeitenden. Als Basis für die Adressziehung wurden sowohl Daten aus dem Betriebs- und Unternehmensregister des Bundes, wie auch Online-Panelisten aus dem gfk-Onlinepanel verwendet (sample only). Die untenstehende Tabelle gibt Auskunft über die wichtigsten technischen Eckwerte der Befragung:

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeber	Alliance Economie-Politique und economiesuisse
Grundgesamtheit	Unternehmen mit 20 oder mehr Mitarbeitenden, daraus Personen mit Geschäftsleitungsverantwortung
Datenerhebung	Online mit schriftlicher Einladung sowie Online-Panel
Art der Stichprobenziehung	Zufallsstichprobe aus dem Betriebs- und Unternehmensregister, quotiert nach Branche und Grössenklasse nach Sprachregion, Online Panel der Firma gfk Switzerland
Befragungszeitraum	25. April bis 13. Mai 2019
Stichprobengrösse	1'008
Gewichtung	Branche und Grössenklasse interlocked
Stichprobenfehler	±3.2 Prozentpunkte bei 50:50

©gfs.bern, Erfolgsfaktoren Wirtschaft, April-Mai 2019

Die Befragung wurde zwischen dem 25. April und dem 13. Mai 2019 durchgeführt. Die für die Analysearbeiten verwendete Stichprobe wurde nach Unternehmensgrösse und Branche gewichtet. Die statistischen Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen betragen:

Tabelle 2: Stichprobenfehler




Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte




Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern

6 Anhang

6.1 gfs.bern-Team

	<p>URS BIERI</p> <p>Co-Leiter, Politik- und Medienwissenschaftler, Executive MBA FH in strategischem Management, Donzent am VMI der Universität Fribourg und an der ZHAW</p> <p>Schwerpunkte: Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Methoden</p> <p>Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet</p>
	<p>JONAS PHILIPPE KOCHER</p> <p>Projektleiter, Politikwissenschaftler</p> <p>✉ jonas.kocher@gfsbern.ch</p> <p>Schwerpunkte: Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Gesellschaftsthemen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Hochrechnungen, Feldaufträge</p>
	<p>ALEXANDER FRIND</p> <p>Projektleiter, Politikwissenschaftler</p> <p>✉ alexander.frind@gfsbern.ch</p> <p>Schwerpunkte: Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsthemen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden</p>

	<p>JOSÉ KRESS</p> <p>Projektassistent, Soziologe</p> <p>Schwerpunkte: Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse, Lektorate</p>
	<p>DANIEL BOHN</p> <p>Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung</p> <p>Schwerpunkte: Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung</p>
	<p>NOAH HERZOG</p> <p>Sekretariat und Administration, Kaufmann EFZ</p> <p>Schwerpunkte: Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration</p>

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

